

Punktsieg für Netanyahu
– Bilanz nach dem Auftritt eines früheren Botschafters Irans
in München –

von Reiner Bernstein*

Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr. So ließe sich der Auftritt eines früheren Botschafters der Islamischen Republik Iran im Münchner Amerikahaus zusammenfassen. Doch Mohammad Keiarishi, langjähriger diplomatischer Vertreter seines Landes in Österreich, wollte es sich nicht nehmen lassen, alle Vorurteile im Westen zu bestätigen, die der Politik Irans um Machmud Achmadinedjad und Ayatollah Sayid Ali Chamenei entgegenschlagen. Statt sich auf das vereinbarte Thema einzulassen, was Iran zum Frieden im Nahen Osten beitragen könne, erging sich Keiarishi in ermüdenden Klagen über den Westen, gepaart mit einem enervierenden Selbstmitleid, das nicht unerwartet in zur Schau gestellte Aggressivität umschlug. Nachfragen aus dem Publikum wischte er entweder souverän beiseite oder kaprizierte sich darauf, in ständig wiederholten Wendungen die islamische Revolution von 1979 zu preisen.

Wären Palästinenser der Einladung zu diesem kuriosen Vortrag gefolgt, hätten sie einmal mehr die Gewissheit mitgenommen, dass Solidaritätsadressen des Referenten für sie hochgradig vergiftet sein können. Denn Keiarishi ließ keinen Zweifel daran, was er als Iraner von einer Zweistaatenreglung hält – nichts. Darüber konnte auch seine feinsinnig gemeinte Unterscheidung zwischen dem „Staat Israel“ und dem „zionistischen Regime“, das Teheran – welches? – nie anerkennen werde, nicht hinwegtäuschen. Mit dieser rhetorischen Finte des Referenten erledigte sich wie von selbst die hierzulande von gewissen Kreisen gern behauptete Falschübersetzung einer Ansprache des iranischen Präsidenten, in der dieser vor zwei Jahren seiner Ächtung Israels freien Lauf gelassen hatte, zumal da Achmedinedjad bei seinem Besuch in Damaskus Ende Februar 2010 den „unvermeidlichen Abstieg und das Verschwinden des zionistischen Wesens“ verkündete.

* Abgeschlossen am 23.02.2010.

Dass Keiarishi, heute als Kulturattaché seines Landes in Wien stationiert, mit der Ablehnung Israels alle palästinensischen Hoffnungen auf einen eigenen Staat in den Grenzen von 1967 von der diplomatischen Agenda verbannen wollte, dürfte ihm nicht einmal aufgefallen sein, oder doch? Über den Zweifel konnte auch die väterlich-wohlwollende Bemerkung nicht hinwegtäuschen, dass dem palästinensischen Volk das Recht auf politische Selbstbestimmung zustehe. Dass Keiarishi die UN-Resolutionen 181 (1947), 194 (1948) und 242 (1967) willentlich – oder etwa in Unkenntnis? – unvollständig oder falsch zitierte, fügte sich ins Bild seines politisch ruinösen Auftritts.

Benjamin Netanyahu wäre an diesem Abend über den Punktsieg in Freudenstürme ausgebrochen: Denn der Botschafter a.D. verlieh „Bibis“ Überzeugung unnachahmlichen Nachdruck, dass die eigene waffentechnische Dominanz und die diplomatischen Drohgebärden gegen Iran vollauf berechtigt sind. Indem sich Keiarishi darüber hinaus offen zur Unterstützung von „Hamas“ bekannte, bestätigte er jene Kräfte in der israelischen Regierung, für die die Abriegelung des Gazastreifens rechtens ist und aus Gründen der eigenen Sicherheit im regionalen Umfeld keiner Revision bedarf. Im Publikum machte sich Ernüchterung breit: Zu spüren war, dass der bei Veranstaltungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt häufig anzutreffenden grimmigen Stimmung gegen Israels Politik die Argumente aus der Hand geschlagen wurden. Wie wäre es also, wenn die Botschaft in Berlin dazu überginge, iranische Repräsentanten wie Keiarishi auf Deutschland-Tour zu schicken und ihn insbesondere mit der Aufgabe zu betrauen, das iranische Nuklearprogramm zu erläutern?

Damit nicht genug, setzte Keiarishi noch eine schwer erträgliche Provokation oben drauf: Die „grüne Revolution“ im Iran seit den Präsidentschaftswahlen am 12. Juni 2009 rückte er in den Verdacht des Hochverrats. Denn offenkundig sei, dass Politiker wie Mir Hussein Mussawi, Mehdi Karubi, Mohammad Chatami und Ibrahim Yasdi vom Westen gesteuert seien, dass also die vielen hunderttausend Demonstranten auf den Straßen und Plätzen iranischer Städte als Verräter an den heiligen Prinzipien der islamischen Revolution völlig zu Recht die ihnen gebührende Strafe verdienen. Trifft dieses Verdikt letztlich auch Ayatollah Hashemi Rafsandjani?

Dass Keiarishis Bekenntnis zu den universalen Menschenrechten und zur Befreiung von Unterdrückung und Repression nur dann Glaubwürdigkeit beanspruchen dürfen, wenn sie auch für die Beziehungen zwischen den Regierenden und den Regierten im eigenen Land gelten, hielt der frühere Botschafter für eine Anmaßung. Ihrer mache sich nicht nur die internationale Öffentlichkeit schuldig, sondern auch Exiliraner, die Keiarishi allesamt als Kommunisten abtun wollte. Dabei hätte er im Zuge seines Hinweises, er spreche im Amerikahaus als Privatperson, all jenen Bedenkenträgern eine Lektion erteilen können, die an der Kompatibilität von Islam und Demokratie zweifeln und sich nicht davon beeindrucken lassen wollen, dass Religion und liberaler Rechtsstaat wie das Leben jedes einzelnen Menschen keinen deterministischen Mechanismen unterliegen, sondern in dynamischen Prozessen ihren Ausdruck finden.

Die Thomas-Dehler-Stiftung als Veranstalterin des Abends hätte einen Referenten verdient gehabt, der mit selbstkritischem Freimut die Chance nutzt, seinem Publikum ein vertieftes Verständnis der außenpolitischen Grundsätze und der innenpolitischen Probleme des multiethnischen und multireligiösen Irans zu vermitteln und sich dabei zu den schweren Verfolgungen zu äußern, denen die 350.000 Gläubigen der Bahais ausgesetzt sind. Stattdessen machte sich in den Nachgesprächen im Foyer tiefe Enttäuschung breit. Der umsichtige Moderator des Abends Hildebrecht Braun konnte sie nicht auffangen.
